

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabestrasse 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 41

Berlin, den 13. Oktober 1928

3. Jahrgang

Kapitalisten in Bedrängnis.

Die kapitalistischen Vertreter des gegenwärtigen Wirtschaftssystems legen in den letzten Wochen eine außerordentliche Mühseligkeit mit Bekundungen an den Tag, daß es mit der freien Wirtschaft so bleiben müsse wie bisher, daß der Staat oder gar die Organisationsmacht der Arbeiter sich nicht in die „Wirtschaft“ einmischen dürften. Die Ursachen dieser Mühseligkeit sind in den großen Erörterungen zu suchen, die über den Kapitalismus und seine Auswirkungen von vielen Seiten geflogen und in den Angriffen, die dabei gegen das heutige Wirtschaftssystem erhoben wurden. Die Angriffe sind berechtigt, weil die Fehlerquellen dieses Systems immer deutlicher erkennbar und die daraus entstehenden Schwierigkeiten stets größer werden. Es wäre böse um die Weltlichkeit der Welt, wenn das nicht geschehen würde. Die Betrachtungen sind noch in vollem Fluß. Man nimmt wahr, daß die Erörterungen fast intensiver geführt werden als 1918/1919, wo so eifrig über Sozialisierung geredet und geschrieben wurde, daß die wirtschaftlichen Probleme viel gründlicher und viel mehr von den eigentlichen Hauptbeteiligten behandelt werden als das ehemals der Fall war. Nicht allein die Wissenschaftler, sondern auch die Praktiker haben sich mehr um die Dinge angenommen und die näher Beteiligten mühen sich eifrig damit ab. Da stehen auf der einen Seite die Gewerkschaften als Dränger, als Fördernde, als Anklagende, ein Teil der Wissenschaft bemüht sich um Klärung und die Unternehmer aller Art mit wissenschaftlichem Anhang verteidigen, schwächen ab, bemängeln und suchen zu retten, was zu retten ist von der anderen Seite.

Diese eingehende und ernsthafte Behandlung der Wirtschaftsprobleme von jeder Seite ist gegenwärtig deshalb in Deutschland eher möglich als vor zehn Jahren, weil die deutsche Wirtschaft wieder in die Weltwirtschaft eingegliedert ist, weil stabilere Verhältnisse Platz greifen, weil die kritische Beobachtung wieder möglich, weil wieder Boden unter den Füßen ist und weil gerade die letzten zehn Jahre eine äußerst drastischen Anschauungsunterricht gewährten, das gilt aber nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Man kann auch sagen, die Probleme sind zur Erledigung reifer geworden, sie haben sich mehr und mehr entwickelt.

Die Zeit zur öffentlichen Erörterung ist da. Alle namhaften Stellen müssen sich damit befassen und daran wird sich die praktische Gestaltung anschließen.

Die moderne Arbeiterbewegung gab den Anstoß dazu, sie wird auch die Heberleitung von der Theorie zur Praxis in die Hand nehmen müssen. Wie das vor sich gehen soll und vor sich gehen wird, zeigen die Richtlinien des Hamburger Gewerkschaftskongresses. Darüber braucht in diesem Zusammenhang nichts mehr gesagt werden.

Wichtiger erscheint diesmal, die Haltung der Kapitalisten und ihre Bestrebungen gegen das Programm der organisierten Arbeitererschaft ins rechte Licht zu rücken.

Die Kapitalisten sind sehr genau in Hilfe, um was es geht. Sie wissen es besser als der größte Teil der Arbeiterschaft. Sie wissen sogar, daß das Gewerkschaftsprogramm entwicklungs geschichtlich bedingt und richtig ist, und daß dagegen sehr schwer anzukämpfen ist, weil ein Kampf gegen die Entwicklung nicht siegreich geführt werden kann. „Der Arbeitgeber“ spricht das offen aus: „Der Kampf gegen das Gewerkschaftsprogramm ist der Kampf gegen eine in Fluß befindliche Entwicklung und deshalb unangenehm schwer zu führen.“ Aber er wird trotzdem geführt. Die Kapitalisten und ihre Vertreter stemmen sich somit bewußt gegen die Entwicklung. Die Bankiers legten sich auf ihrer Loggia in Köln in dieser Richtung — sagen wir tonangebend — fest. Der Großhandel folgte, die Textilindustriellen desgleichen und eine Anzahl anderer Unternehmerorganisationen auch. Und der Reichsverband der deutschen Industrie gab bereits Richtlinien an seine Mitglieder heraus, um Mißzug zu diesem Kampf anzutapeln, um sich stark zu machen. Er setzte eine Sperrfrist fest und gebot Sparsamkeit, um alle verfügbaren Mittel für Kampfszwecke bereit zu haben.

Aus diesen Antidrangungen und Maßnahmen geht hervor, daß die Kapitalisten und ihre Trabanten keineswegs gewillt sind, ihre Machtpositionen aufzugeben. Es ist ihnen schon außerordentlich peinlich, daß sie die Staatsmacht nicht mehr allein in der Hand haben. Da jetzt noch Vorstöße auf ihre Herrschaft in der Wirtschaft und in der Gesellschaft unternommen werden, entfalten sie doppelten Eifer zur Befestigung ihrer bedrohten Stellung. Sie sehen an dem Verlust eines Teils der Staatsmacht, was ihnen genommen wurde mit Hilfe der Demokratie, wenn diese gar weiter auf die anderen Gebiete übertragen würde, wie die Gewerkschaften verlangen, bekämpfen sie weitere Rückschläge. Solche befürchten sie. Deshalb machen sie alle ihre Schutzgruppen mobil, die keine Ahnung vom Gang der Dinge und der unwürdigen Rolle, die sie dabei spielen, haben. Das Auftreten des Stahlhelms, der Werkvereiner, der Nationalsozialisten und ähnlicher Gruppen hängt damit zusammen. Das blöde Kampfschrei gegen den Marxismus hat denen die Sinne vernebelt und den Blick für die Wirklichkeit zerstört. Sie sind nur noch Werkzeuge.

Wenn jetzt der Stahlhelm als größte Organisation seinen Kampf gegen die Reichsverfassung führen muß, so soll damit bezweckt werden, die demokratischen Rechte des Volkes einzuschränken, um auf diese Weise verlorengegangene Staatsmacht zugunsten der Kapitalisten wieder zurückzuerobern. Der politische Einfluß, den die organisierte Arbeiterschaft im Staat hat, soll beseitigt und damit die Macht der Arbeiterklasse geschwächt werden, weil diese mittels der Demokratie von der politischen Seite aus Angriffe auf Wirtschaft und Gesellschaft zu unternehmen und im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen zu wirken vermag. Sie erkannten die Vorteile der Demokratie und ihre große Bedeutung für das arbeitende Volk, deshalb sagen sie mit ihrer willkürlichen Gesellschaft der Demokratie den Kampf an. Deshalb machen sie demokratischen Verbündeten stets Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, verpöbeln, verhöhnen und mißkreditieren sie. Täglich kann man in dieses widerliche Treiben beobachten. All die schädigen Helfershelfer in den Reaktionsstuben,

Arbeitskämpfe.

Alle Welt ist sich klar darüber, daß der deutsche Arbeiter und die deutsche Arbeiterin ihre Leistungen viel zu gering bezahlt bekommen, also viel zu niedrige Löhne erhalten. Auch die Unternehmer wissen das, nur wollen sie es nicht eingestehen. Sie brüsten sich wohl vielfach mit den Leistungen „ihrer Leute“, nur vergessen sie die anständige Bezahlung dafür. Weil diese ungenügend ist und weil davon die Arbeiter nicht richtig leben können, sind sie immer gezwungen, Lohnforderungen zu stellen. Man sollte meinen, die reichen und zahlentüchtigen Unternehmer müßten beim Vergleichen zwischen Preisen, Lebenshaltung und Einkommen selbst herausfinden, daß die arbeitende Bevölkerung infolge des geringen Einkommens der Verdienner nur ein kümmerliches Dasein zu führen vermag. Eigenartigerweise verlagert in diesem Punkt die geniale Rechenkunst aller Unternehmer. Da es gibt sogar welche, die das Gewähre noch zu hoch erachten und daran kürzen oder wenigstens diese Absicht kundtun. Sie sind eben Gemütsmenschen, diese Unternehmer.

Im München-Gladbacher Bezirk haben Textilindustriellen an die 40.000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgespart. Denen geht es sicher nach Meinung ihrer Ausbeuter viel zu gut. Da die Textilunternehmer so gerne den Arbeitern ihre Macht fühlen lassen, werfen sie die 40.000 Textilproletarier einige Wochen auf die Straße, damit sie wieder einmal fühlen, was es für eine Gnade ist, den Aktionären Dividenden, den Aufsichtsräten Lantime, den Direktoren Meßengehälter verdienen zu dürfen. Die Textilarbeiterschaft erkennt jedoch, die hohe Gnade nicht an und verlangt einen Teil ihrer Lebensrechte, die die Unternehmer schon immer für sich beanspruchten.

Auf den Werften an der Rüste haben die Besatzungen den Wertgehaltigen den Kampf angefangen, weil diese gar nicht mit sich reden lassen wollen. Rund 50000 Werftarbeiter sind in Streik getreten. Die Schiffe werden nun in den Auslandshäfen ihre Reparaturen vornehmen lassen. Das Geschäft geht den Deutschen aus der Nase, weil die Werftunternehmer den Profit nicht brauchen, sie haben ja so genug verdient, nur ihren Arbeitern haben sie den richtigen Anteil daran vorenthalten. Um nun etwas mehr zu bekommen von dem, was sie erarbeiten, stellen die Werftarbeiter Forderungen, die von den Unternehmern abgelehnt wurden. Es blieb nichts weiter übrig als Streik.

Die Waldenburger Bergarbeiter gehören mit zu den Arbeiterschichten, die infolge gänzlich ungenügender Löhne mit am tiefsten im Glend hängen. Die dortigen Bergwerksinhaber existieren nur von dem Glend der Bergarbeiter, weil sie erst ihren Anteil sichern und den Bergarbeitern einen ganz schabigen Rest übrig lassen. Im Verhältnis zu anderen Kohlenrevieren ist das Waldenburger schlecht daran, warum sollen nun gerade die Bergarbeiter durch Hunger das Revier halten. Sie haben genug gelitten und treten — es sind 27000 — in den Streik.

auf den Hochschulkathedern, in den Mittelschulstuben, in den Amtsräumen, auf Kanzeln, in Kinos, Varietés, in Versammlungen und Zirkeln schneiden sich dabei ins eigene Fleisch und stellen ihre Knechtskneie zur Schau. Sie wissen vielfach gar nicht, warum es geht. Ahnen ihr verderbliches Handwerk zu legen, muß mit unjener Angst sein. Aber durch ihr Tun, und von unjeren Zielen ablenken von unjeren eigentlichen Aufgaben abbringen zu lassen, wäre... kehrt.

Die Kapitalisten sind in Bedrängnis. Das kann nicht mehr geleugnet werden. Sie sehen, die Entwicklung geht mit der modernen Arbeiterbewegung im Sinne der Gewerkschaftsforderungen. Sie wehren sich. Sie gebieten Halt. Ihr Kampf gilt dem Fortschritt. Sie rufen laut — auch wenn er Schumpeter heißt — und die Welt zu Hilfe. Ob sie den Lauf der Dinge aufhalten können?

Das wird von der Haltung der gesamten Arbeiterschaft, von ihrer organisatorischen Stärke, von ihrem Zusammenhalt von ihrem gemeinsamen geschlossenen Vorgehen abhängig sein. Wer als Arbeiter und Arbeiterin will, daß die Kapitalisten mit ihren Bestrebungen keinen Erfolg haben, wer will, daß die gewerkschaftlichen Forderungen praktische Lösung finden, der möge sich einreihen in die Kampfscharen und der großen Fortschrittssache der organisierten Arbeiterschaft förderlich sein. Nichts ist befehle lassen. Ständes vermeiden, für das große Ziel eintreten ist die wichtigste Aufgabe für jeden Werkstätigen jetzt mehr denn je. Es geht um Entscheidungen! Die Kapitalisten sollen nicht nur bedrängt, sie müssen besiegt werden.

Die Mond-Turner-Konferenz.

Die englischen Besprechungen zwischen dem Gewerkschaftsbund und einer einflussreichen Unternehmergruppe, unter obigem Namen bekannt, haben zur Aufstellung eines Programms geführt, dessen definitive Begutachtung dem im September stattfindenden Gewerkschaftskongress überlassen bleibt. Sind auch Bedenken gegen diese Besprechungen laut geworden — eine Konferenz des großen Verbandes der Maschinenbauer hat dieselben verurteilt — so kann doch als sicher angenommen werden, daß der Gewerkschaftskongress die Tätigkeit des Bundes voll und ganz decken wird. Schon deshalb, weil die Föderation der Bergarbeiter dem Bund das Vertrauen ausgesprochen hat.

Um was dreht es sich hier? Zunächst um eine vom vorjährigen Kongress ausgesprochene Willenserklärung, das Gebiet des Schlichtungswesens einer genauen Prüfung zu unterziehen, zu dem Zweck, Mittel und Wege zu seinem Ausbau zu finden. Der Rahmen, in dem sich die Besprechungen des Mond-Turner-Ausschusses bewegen, ist: Industrielle Reorganisation und Unterstützung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Der wichtigste Vorschlag des Ausschusses besteht in der Schaffung eines nationalen Wirtschaftsrats, der als zentrale Schlichtungsinstanz zu fungieren hat. Dieser Rat soll aus 64 Mitgliedern bestehen. Der Bundesvorstand hat seinen 22 Mitgliedern, die übrigen 42 setzen sich zusammen aus den zwei Spitzenorganisationen der Unternehmer. Wird der Vorschlag in die Praxis umgesetzt, dann, wie gesagt, nicht zu zweifeln ist, so entsteht

Auch im Kladoer Gebiet wurden die Bergarbeiter ausländisch.

Die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter bekamen einen Schiedspruch, in dem einige Verbesserungen enthalten waren. Auch in diesem Kampf stellten die Unternehmer ganz unberechtigte Verlangen trotz ihrer günstigen Lage.

In den nächsten Wochen werden weitere große Bewegungen hauptsächlich wegen der Löhne ausgefochten werden. In der Hüttenindustrie ist die Tarifkündigung bereits vorgenommen, auch in anderen Industrien ist das der Fall.

Die noch Unorganisierten sollten daraus die einzige richtige Lehre ziehen und ihren Gewerkschaften beitreten, damit sie bei den großen Auseinandersetzungen einen Rückhalt haben und nicht mittellos dastehen.

Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

(IGB). Der am 24. September in Amsterdam abgehaltenen Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) wohnten M. Citrine, E. Joubert, Th. Leibart, C. Madson, C. Mertens und Sekretär Sassenbach bei. Genosse Tayerle war durch dringende parlamentarische Arbeiten am Erscheinen verhindert.

Der Vorstand präsierte zunächst seine Stellung zu den auf der Tagesordnung der Ausschusssitzung stehenden Punkten. Bei der Besprechung des vom Pariser Kongress überwiesenen Antrages betr. die Wahl von Vertretern der Angestellten und Beamten in alle leitenden Körperschaften der internationalen Gewerkschaftsbewegung war ebenfalls der Sekretär der Angestellten-Internationale, Genosse Smit, zugegen. Nach einer regen Aussprache wurde in bezug auf diese Vertretung der Angestellten im Vorstand des IGB beschlossen, dem Ausschuss in dem Sinne eine Lösung vorzuschlagen, daß der internationale Sekretär der Angestellten in Zukunft zu allen Vorstandssitzungen hinzugezogen werden soll, in denen besondere Angelegenheiten zur Behandlung kommen. — Der Geschäfts- und Kasienbericht für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1928 wurde angenommen, wobei der Vorstand seine Befriedigung über die günstige finanzielle Lage des IGB. ausdrückte. Der Bericht der Revisoren wurde nach einigen Erläuterungen zur Kenntnis genommen. — Das Anschlußgesuch des griechischen Gewerkschaftsbundes wurde mit der Empfehlung des Vorstandes an den Ausschuss verwiesen. — In bezug auf die Verwendung der nach Abschluß einer internationalen Diskussion einlaufenden Beträge wurde zu Händen des Ausschusses ein diesbezüglicher Antrag ausgearbeitet. Zum Kongress des jugoslawischen Gewerkschaftsbundes wurde C. Mertens, zum Kongress der Bauarbeiter-Internationale H. Caballero delegiert.

Der Engländer Citrine ist nun Vorsitzender und der Deutsche Sassenbach Sekretär. Der Sitz bleibt in Amsterdam.

eine nationale Körperschaft, die das ganze wirtschaftliche Leben des Landes umschließt. Alle drohenden Wirtschaftskämpfe großen Stils werden dem Rat auf Antrag der Parteien — aber auch einer Partei — zur Schlichtung überwiesen. Der große Rat legt auch, wo nötig, lokale Schlichtungsausschüsse ein.

Der provisorische Bericht des Ausschusses enthält eine Reihe weiterer Vorschläge, vor allem derjenige, der sich mit Anerkennung der Gewerkschaften befaßt. Durch diesen wird der Bundesvorstand als die „bona fide“ Organisation anerkannt, die berufen ist, in allen, die Arbeiter angehenden Wirtschaftspragen kontrollierend einzugreifen. Die einzelnen Gewerkschaften werden als Teile des Bundes anerkannt, die die Rechte ihrer Mitglieder zu vertreten haben. Für die deutschen Gewerkschaften sind diese Vorschläge äußerst bemerkenswert. Schon vor mehr als dreißig Jahren, zu einer Zeit, als die deutsche Gewerkschaftsbewegung noch klein und schwach war — hatte doch August Bebel auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Köln (1893) an der Möglichkeit geäußert, daß die deutschen Gewerkschaften es jemals auf eine Million Mitglieder bringen würden — konnte Bernstein von den englischen Gewerkschaften schreiben: sie seien ein Stud. der unbeschriebenen Verfassung des Landes. Nun aber spricht man in der englischen Presse davon, durch den Vorschlag der jörmlichen Anerkennung trete zum ersten Male in der Geschichte des Landes der Gedanke der vollen Gleichberechtigung der Arbeiter mit dem Unternehmer auf.

In Deutschland freilich sind die Gewerkschaften durch die Reichsregierung und besonders durch das geltende Arbeitsrecht zu anerkannten Körperschaften zur Wahrung der Interessen aller Gewerkschaftsmitglieder geworden, was im Artikel 157 durch „besonderen Schutz der Arbeitsfrage“ hervorgehoben wird. Tarifverträge und Arbeitsordnungen sind gesetzlich gesichert. Auf allen diesen Gebieten können also die deutschen Gewerkschaften von den englischen Besprechungen nichts lernen. Wohl aber die Unternehmer, die sich immer noch nicht an den Geist der neuen Zeit gewöhnen können und nur zu gerne an der „alten“ Zeit festhalten möchten, wo der Unternehmer unbeschränkter Herr im eigenen Hause war, wie das in dem feindlichen Lande Herr Bergwerkdirektor Brandt in einem Referat in Berlin auf dem deutschen Veramantstag (im Juni d. J.) zum Ausdruck brachte. Dieser edle Knabe des deutschen Unternehmertums will „freie Arbeiter“ haben, die nicht an Tarifverträge, Arbeitszeitabkommen und Gewerkschaften gebunden sind. „Die soziale Gesetzgebung muß umgestaltet werden“, ientzte der Herr Direktor. Das deutsche Unternehmertum kann also aus den neuesten englischen Besprechungen noch gar manches lernen.

Wie man das Schlichtungswesen regeln will, ist zunächst noch unklar. Bei uns in Deutschland ist dieses bekanntlich ganz anders geregelt als in England. Die englischen Gewerkschaften lehnen nach wie vor das Zwangsschlichtungswesen ab. Sie wollen nichts von staatlicher Einmischung im Wirtschaftskampfe wissen. Es ist natürlich heute noch verfrüht, einen Vergleich zwischen deutscher und englischer Praxis zu ziehen. Das eine kann aber schon jetzt gesagt werden, auch die Engländer werden zu dem Punkt hin, daß das deutsche Arbeitsrecht etwas näher anzusehen. Auch sie werden bald zur Einsicht kommen, daß man, besonders bei dem neuen

Reichskonferenz für die Kelchglasbranche.

Ein schon sehr lange gehegter Wunsch und eine oft aufgestellte Forderung der Kollegenschaft der Kelchglasbranche ist in Erfüllung gegangen. Am 23. September kamen die Vertreter dieser Branche in Sena zu einer Tagung zusammen, in deren Verlauf die Vielfältigkeit der in diesem Zweige der Glasindustrie bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen festgestellt werden konnte, die aber auch allen Beteiligten zeigte, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind, um hier Wandel zu schaffen.

Vertreten waren insgesamt 30 Kollegen, davon 2 Vertreter des Vorstandes, 2 des Keramischen Bundes, 5 Gauleiter, 4 Zahlstellenangestellte, 15 Glasmacher und 2 Schleifer.

Kollege Krebs von der Zentralbranchenleitung eröffnete die Konferenz und begrüßte die Delegierten. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß diese erste Tagung der Kelchglasbranche gute Arbeit im Interesse der Kollegenschaft leisten möge, zumal die Beschlüsse große Bedeutung für die kommenden Tarifverhandlungen haben werden. Zu bemängeln sei der schlechte und mangelhafte Eingang der statistischen Fragebogen, welcher die Schaffung einer guten Uebersicht sehr erschwert habe. Zwar ist dies eine Belastung der in den Betrieben stehenden Funktionäre, aber ohne die Mitwirkung der Kollegen ist ein Fortschritt nicht möglich.

Die Tagesordnung war folgende:

1. Der Lohnaufbau unter Berücksichtigung der Arbeitsarten in der Kelchglas-Industrie.
2. Regelung der Akkordpreise.
3. Wie kommen wir zu einheitlichen Abnahmebedingungen.

Beschlossen wurde, daß der erste und dritte Tagesordnungspunkt gemeinsam behandelt werden, wozu der Zentralbranchenleiter, Kollege Griebig das Wort erhielt. Er führte u. a. aus: Ueberall finden wir die mit größter Ausbeutung verbundenen Arbeitsmethoden. Bei intensiver Arbeit an den Oefen und in den Schleifereien wird höchste Qualität gefordert. Lassen wir heute Beschlüsse, die der Verbesserung der Lage unserer Kollegenschaft dienen sollen, so müssen wir uns klar sein, daß bestimmte Voraussetzungen notwendig sind. Das sind eine gute Organisation, der feste Wille andererseits zur Beseitigung der bestehenden schweren Schäden der verschiedenen Arbeitssysteme und eine gute Konjunktur, die Fortschritte ermöglicht. Unter solchen Vorbedingungen dürfte der Erfolg nicht ausbleiben. Es kann nicht bestritten werden, daß erhebliche Verbesserungen der Lebenslage unserer Kollegen erreicht wurden, viel bleibt aber noch zu wünschen übrig und muß den Kapitalisten in ständigem Kampfe abgerungen werden.

Aus Belgien und Frankreich hat die Kelchglasbranche in Deutschland ihren Einzug gehalten. Wir haben nach den Berichten 30 Orte mit 34 Betrieben, in welchen Kelche zur Inertigung kommen. Beschäftigt sind in den erfassten Betrieben 533 Glasmachermmeister, 697 Schleifermmeister mit insgesamt 1719 Hilfskräften, davon 420 weibliche. Unserer Organisation gehören 2309 an, davon 253 weibliche. 640 stehen also außerhalb unserer Reihen und ist es eine der wichtigsten Aufgaben, diese dem Verbands anzuführen.

Die sehr rasche Umstellung vieler Betriebe auf die Kelchglasproduktion infolge Niederganges anderer Zweige der Glasindustrie zwingt uns zu besonderer Beachtung der Lehrlingsausbildung. Wie sieht es damit aus? Die Lehrzeit sollte der Auszubildung der jungen Menschen dienen, nicht aber der Ausbeutung, wie dies in den meisten Betrieben noch heute der Fall ist. In der Hütte gibt es noch keine eigentliche Lehrzeit. Während der Pausen, die der Erholung dienen sollen, muß der junge Mensch üben und erst, wenn sich Eignungen zu dem Beruf zeigen, hat er die Möglichkeit vorwärts zu kommen. Nicht anders ist es mit den Gehilfen. Nur die eigene Übung während der Freizeit geben ihm die Möglichkeit, sich in dem Beruf weiter auszubilden. Entscheidend für sein Fortkommen ist aber die wirtschaftliche Lage. Welche Stellung die Industriellen in der Frage der Ausbildung der Jugend zu tüchtigen Facharbeitern einnehmen, zeigten die Verhandlungen um die Errichtung einer Glasschule in Breslau. Die Industrie hat einen schweren Konkurrenzkampf zu bestehen und sollte die Heranbildung tüchtigster Facharbeiter von allen Kreisen angestrebt werden. Gewiß wird die Notwendigkeit anerkannt, aber es ist kein Geld vorhanden, die zur Errichtung der Schule notwendigen Mittel aufzubringen. Sächerliche Beiträge wurden zur Förderung der Schule angeboten. Wenn die deutsche Kelchglasindustrie trotz der mangelhaften Ausbildung ihrer Arbeiter einen guten Ruf in der Welt errungen hat, so ist dies dem besonderen Fleiß und der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft zu danken.

Das Zwischenmeisterystem hat sich in beiden bestehenden Arbeitssystemen in den meisten Betrieben erhalten, sei es bei der deutschen (böhmischen) oder rheinischen Arbeitsart. Ist die Arbeit bei der deutschen Arbeitsmethode besonders für den Meister durch die fortgesetzte Arbeit am Ofen schwierig und gesundheitsschädlich, so finden wir bei der rheinischen Art bereits weitestgehende Arbeitsteilung bis zur Doppelstellung. Bei dieser weitestgehenden Arbeitsteilung leidet die Ausbildung der Jugendlichen sehr und macht sich eine ganz besondere Ausbildung derselben notwendig, wenn sie ihren Platz auch bei anderen Arbeiten ausfüllen sollen. Bezüglich der Entlohnung ist es notwendig, daß immer mehr und mehr die Akkordbeteiligung zur Durchführung kommt.

Ein besonderes Kapitel bildet die Abnahme des Glases. Noch immer müssen die Kollegen einen erheblichen Teil des eigentlichen Betriebsrisikos in der Form tragen, daß der bei weiterer Veredelung des Glases entfallende Bruch zu einem gewissen Teile getragen werden muß. Die Bestimmung des Manteltarifvertrages für die Weichhohlglasindustrie, daß die Abnahme „nach Sortierung und Uebernahme durch die Betriebsleitung“ erfolgen soll, ist ein schwerer Nachteil für die Kollegen, weil sie nur zu oft mißbraucht wird und zur entschädigungslosen Vernichtung der geleisteten Arbeit führt. Grundsätzlich sollte nach Fertigstellung der Arbeit und Durchsicht derselben die Bezahlung erfolgen, zumindest nach dem Sprengen. Immer mehr tritt es auch die sogenannten „schlechten Sorten“ auszumergen, welche nur zur Schilanz seitens der Angestellten gegen Kollegen dienen. Nicht minder bedauerliche Zustände bestehen in den Schleifereien, in welchen vielfach bereits Maschinen Einzug gehalten haben, jedoch für die Herstellung guter Artikel die bisherige Methode nicht entbehrt werden kann. Einem der schlimmsten Kapitel der Ausbeutung bildet die Herstellung von Kammmultern, sei es in der Hütte oder der Schleiferei. Auf dem Rücken der Arbeiterschaft sollen diese Kämpfe ausgetragen werden. Es gilt sich gegen diese Zumutung mit allen Mitteln zu wehren. Nicht nur die Qualitätsarbeit muß darunter leiden, auch die Gesundheit der Kollegen leidet schwer, insbesondere bei der Jugend. Besonders ist in den Schleifereien die Vielstellenbesetzung, die zu doppelter Ausnutzung der Hilfskräfte führt, durch den Arbeitgeber und den Zwischenmeister, der hier nicht mehr Kollege, sondern Wächter der Unternehmerinteressen ist. Ein kollegiales Arbeitsverhältnis müssen wir herbeiführen, welches alle Beschäftigten solidarisch zum gemeinsamen Kampf um Verbesserung der Lebenslage zusammenführt.

Die Werkzeuge werden von den meisten Firmen zur Verfügung gestellt, mit Ausnahme von 8 Betrieben, in welchen die Kollegen Entschädigungen von 8 bis 20 Proz. erhalten. Die fortgesetzte Umstellung der Produktion und die damit verbundenen Kosten der Werkzeugbeschaffung sollten Veranlassung für uns sein, die Lieferung der Werkzeuge von den Firmen zu fordern. Weil ein erheblicher Teil der Kelchglasbranche von dem Tarifvertrag für die Weichhohlglasindustrie erfaßt ist, kann eine bindende Entscheidung in der Frage der Durchführung desselben

nicht gefaßt werden. Hier muß allen beteiligten Gruppen und Branchen die Entscheidung überlassen bleiben. Wenn von den Unternehmern fortgesetzt über die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse geklagt und behauptet wird, daß die Betriebe unrentabel, ja mit Verlust arbeiten, so sei doch auf die sehr guten Umschlüsse von Unternehmungen hingewiesen. Diejenigen, welche jahraus jahrein in schwerer und angestrengtester Arbeit die Grundlagen für die gedeihliche Entwicklung der Werke schaffen, haben ein Recht auf anständige Bezahlung. Wir werden sie aber nur erreichen, wenn durch Geschlossenheit der Arbeiterschaft die notwendige Macht vorhanden ist.

Dem mit Beifall aufgenommenen Referat folgte eine rege und sachliche Debatte, in welcher Lehmann, Griebig, auf die außerordentlich rasche Entwicklung der Kelchglasbranche insbesondere in der Nachkriegszeit hinwies. Hierin liegen all die Erschwerenden begründet, deren Bekämpfung durch die Konferenz erstrebt werden soll. Die Schaffung einheitlicher Arbeitsbedingungen ist die Voraussetzung der Durchsetzung einheitlicher Akkorde.

Rössner, Weiswasser, dankt der Bundesleitung und dem Vorstand für die Einberufung der Konferenz, die längst notwendig war. Man pflegt die Gausß als den Herd alles Übels in der Kelchglasbranche zu bezeichnen, doch haben sich die dortigen Kollegen selbst unter Anwendung des Streiks bemüht, Verbesserungen durchzusetzen, wobei die Abnahmebedingungen im Vordergrund standen. Die Werkzeugbeschaffung durch die Kollegen ist nur ein Gewinn für die Unternehmer, und sollte endlich aufhören. Die Firmen sind in der Lage, viel bessere Werkzeuge zu beschaffen, als es die Meister imstande sind.

Blach, Spiegela, begrüßt die Einberufung der Konferenz und betont, daß in Bayern das Zwischenmeisterystem abgelehnt und dafür die Akkordbeteiligung der Hilfskräfte eingeführt sei. In der Beseitigung des Zwischenmeisterystems müssen die Kollegen der Gausß energischer vorgehen. Wegen der ungesunden Arbeit in den Schleifereien sollte die Frauenarbeit dort bekämpft werden. Die Wieseler Fachschule hat gute Erfolge zu verzeichnen und wird ständig weiter und besser ausgebaut.

Jang, Deggendorf, macht zunächst einige Angaben, die in der den Delegierten vorliegenden Statistik zu ändern sind, wobei er darauf hinweist, daß von den in der Statistik erfassten Arbeitern der Kelchglasbranche nahezu 50 Proz. allein auf das bayrische Gebiet entfallen. Die in den bayrischen Betrieben durchgeführte Arbeitsweise, bei welcher das Zwischenmeisterystem zum großen Teil ausgeschaltet ist, dürfte als das gegenwärtig beste Arbeitssystem anzusehen sein. In der Bezahlung von gesprungenem Glas haben wir ebenfalls noch Schwierigkeiten, und muß bei der Neuregelung des Tarifvertrages Sorge getragen werden, daß die Kollegen wegen Fehler der Glasführung, nicht Benachteiligungen im Lohn erleiden.

Breuer, Dären: Wenn irgendwo die Behauptung aufgestellt werden sollte, das Rheinland sei der Herd der Schmutzkuren, so steht dies im Widerspruch zu den bestehenden Tatsachen. Gerade die dort überall eingeführte Arbeitsmethode läßt von der Arbeitnehmersseite einen solchen Zustand nicht aufkommen, und werden sich die Kollegen niemals dazu verstehen, das Zwischenmeisterystem wieder einzuführen.

Dirscherl, Färth: Es ist richtig, daß die Kelchbranche eine immer größere Bedeutung erlangt hat, und daß die vielen vorhandenen Mängel geklärt und beseitigt werden müssen. Selbstverständlich ist dabei, daß wir an der Frage des Zwischenmeisterystems nicht vorübergehen können. Es gilt heute Wege zu finden, daß wir gegenüber den vielen bestehenden Arbeitssystemen, die zumeist zum Vorteil der Firmen Anwendung finden, uns bemühen, ein einheitliches, die Interessen der Kollegen berücksichtigendes System zur Durchführung zu bringen.

Simon, Köpenik: Das in Bayern und Rheinland angewandte Arbeitssystem ist als sehr fortschrittlich zu bezeichnen. Das in Köpenik eingeführte Bandhölzsystem war keineswegs ein Erfolg. Leider leisten die Kollegen oftmals derartigen Bestrebungen der Firmen Vorwand. Die Abnahme von der Sprengmaschine muß endlich zur Durchführung gelangen, wie dafür Sorge getragen werden muß, daß die sogenannte Ware 2. Klasse ausgemergelt wird.

Zierhut, Finkenherd: Die Akkordbeteiligung der Hilfsarbeiter besteht in Finkenherd nicht; vielmehr erhalten diese jungen Kollegen nur die in der Lohnliste festgesetzten Löhne. Außerordentlich muß bedauert werden, daß in der Schleiferei sich Hilfskräfte finden, die durch Ausbeutung von Hilfskräften der Firma besondere Vorteile zuzuschlagen.

Weier, Griebig: Die Arbeitsverhältnisse in unseren Betrieben sind in der Weise geregelt, daß Kolbelmacher, Kayer und Einträger von den Firmen bezahlt werden, und nur der Gehilfe prozentual am Akkord beteiligt ist. Grundsätzlich muß gefordert werden, daß die Festsetzung der Akkordpreise auf der Grundlage des Mindestlohns für den Einzelmeister erfolgen muß, während die Hilfskräfte einen prozentualen Teil des Meisterverdienstes von den Firmen auszugsweise erhalten.

Hoffmann, Düsseldorf: Die vorliegende Statistik gibt nicht genügend Aufschluß über die in den Schleifereien beschäftigten Hilfskräfte. Wir müssen auch hier an dem Grundsatz festhalten, daß bei gleicher Leistung der gleiche Lohn gezahlt wird.

Fleischhauer, Kottbus: Bei unserer Forderung müssen wir darauf achten, daß die bisher bestehende tarifliche Grundlage nicht verloren geht. Es ist ganz besonders erfreulich, daß ein immer stärkeres Streben nach der Akkordbeteiligung der Hilfskräfte bei einem großen Teil der Kollegen vorhanden ist. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, die vielen bestehenden Ungerechtigkeiten auszumergen und ein kollegiales Zusammenarbeiten zu erzielen.

Müller, Hannover: Wenn von den Kollegen die Bestimmungen des Tarifvertrages kritisiert werden, so dürfen sie nicht vergessen, unter welchen Umständen dieser Tarifvertrag zustande gekommen ist. Die verworrenen Verhältnisse in der Weichhohlglasindustrie, entstanden durch eine längere tariflose Zeit, sind mit Hilfe dieses Tarifvertrages wieder einigermaßen geregelt, und bedeutet dies einen ganz erheblichen Fortschritt. Wie schwer der Kampf zur Erreichung des Vertrages war, zeigt allein schon die Tatsache, daß die Verhandlungen 10 Tage in Anspruch nahmen. Schlamm war es in den Abnahmebedingungen, die ebenfalls eine Verbesserung finden konnten.

Bulle, Berlin: Ein Vergleich der Kelchglasbranche ist wegen der Eigenartigkeit mit anderen Berufszweigen nicht gut möglich. Eine Gleichstellung der dabei beschäftigten Kollegen wird nicht in so leichter Weise durchführbar sein, als dies bei einem Teil der Hohlglasbranche bei gleicher Arbeitsleistung von Meister und Gehilfen der Fall ist.

Klein, Berlin: Die Ausführungen des Kollegen Müller können als Richtlinie für das Vorgehen der Kollegen gelten. Wenn die bayrischen Kollegen die dortigen Verhältnisse loben, so müsse er darauf hinweisen, daß bayrische Kollegen es gewesen sind, die durch ihr Verhalten in Köpenik wenig erfreuliche Verhältnisse herbeigeführt haben.

Vostler, Schreiberhau: Wir haben uns im Riesensand und Glatzergebirge bemüht, erträgliche Arbeitsverhältnisse zu schaffen und sind überrascht, daß die Kollegen der Gausß nicht energischer den Kampf gegen das Zwischenmeisterystem aufgenommen haben. Nachdem Kollege Lehmann und Rössner nochmals zu einigen in der Diskussion aufgestellten Fragen Stellung genom-

men haben, erhält Kollege Griebig das Schlusswort, wobei er ausführte:

Wir müssen berücksichtigen, daß es sich oft um jahrelang bestehende Arbeitsverhältnisse handelt, deren Verbesserung nur durch den Kampf möglich sein wird. Aber auch mit einem Siege werden wir die Lösung aller Verhältnisse nicht erreichen, sondern langwierige Arbeit steht uns bevor. Gerade die Ausfälle der Glasabnahme und deren Verringerung im Sinne unserer Forderung wird den schärfsten Widerstand der Arbeitgeber hervorzurufen. Unsere Aufgabe ist es, für das Glück unserer Kollegen zu sorgen, und gilt es unsere Organisation so zu festigen, daß bei diesen kommenden Kämpfen bestehen kann.

Folgende

Entschließung

wurde einstimmig angenommen:
 „Die am 23. 9. 28 tagende Reichskonferenz der Kelchglasarbeiter Deutschlands stellt nach dem instruktiven Referat und der ausführlichen Debatte fest, daß alle Konferenzteilnehmer in den Zahlstellen unbedingt darauf hinwirken müssen, daß nach Möglichkeit das Zwischenmeisterystem in der Hütte, und vor allen Dingen dort, wo das Stellenystem in Schleifereien stark ausgeprägt ist, abgebaut und baldmöglichst beseitigt wird.“

In den jetzt vorzufindenden Arbeitsmethoden liegt nicht nur eine starke Ausbeutung der Arbeitskraft, sondern die gerade dabei ungenügende Lehrlingsausbildung, sowie Verwendung weiblicher Arbeitskräfte mit besseren Schleifarbeiten müssen sich für die Dauer lohnpolitisch, wie auch handelspolitisch (Qualitätsarbeit) zum Schaden der Industrie und ihrer Arbeiter ungünstig auswirken.

Die Konferenz stellt deshalb einstimmig die folgenden Forderungen auf:

1. Der Mindestlohn für Glasmacher und Schleifer ist einheitlich anzustellen.
2. Die Stückpreise sind auf diesen Mindestlohn des Meisters anzubauen.
3. Die Bezahlung der Hilfskräfte erfolgt durch die Firmen prozentual nach dem Meisterverdienst.
4. Bei Einrichtung von Hilfskräften durch die Meister ist seitens der Firma eine Entschädigung zu zahlen.
5. Die Abnahme des Glases erfolgt bei Glasmachern von der Sprengmaschine, für Schleifer nach Ublieferung der Arbeit.
6. Sämtliche benötigten Werkzeuge sind von den Firmen zu stellen.

Zurhebung der allgemeinen Lebenslage der Kelchglasarbeiterschaft Deutschlands glaubt die Konferenz zu erkennen, daß infolge der großen Ausbreitung der Kelchglasindustrie im letzten Jahrzehnt es doppelt notwendig geworden ist, über alle Vorkommnisse in der Industrie mit den maßgebenden Organisationsstellen sofort in Verbindung zu treten, damit an Hand des zusammengetragenen Materials dieselben in die Lage versetzt werden, bei allen später erfolgenden Verhandlungen noch wirksamer die Interessen aller in der Kelchglasindustrie Beschäftigten zu vertreten.“

Hierauf erfolgte ein Vergleich der Akkordpreise unter Berücksichtigung der verschiedenen Arbeitsverhältnisse, der von größtem Interesse für die Kollegen war. Gerade dieser Preisvergleich zeigte, daß alles daran gesetzt werden muß, einen einheitlichen Mindestlohn, möglichst einheitliche Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Kollege Lehmann betonte noch einmal, welche schweren Kämpfe die Kollegen bereits zu bestehen hatten, um die größten Schäden auszumergen. Dies müsse man bei Beurteilung der Verhältnisse berücksichtigen. Notwendig sei auch, daß die Gewerbeaufsichtsbehörde sich etwas mehr um die Verhältnisse in den Betrieben kümmere, damit Leben und Gesundheit unserer Kollegen in Hütte und Schleiferei besser geschützt wird. Kollege Krebs wies in seinem Schlusswort auf die vielen Inerenzien hin, die von den Kollegen gegeben worden sind. Wir werden in den einzelnen Gruppen diese Feststellungen der Konferenz auswerten müssen, damit überall Einsicht in die Vielfältigkeit der Verhältnisse erlangt wird. Wenn bereits von Kollegen darauf hingewiesen wurde, daß wir wesentliche Fortschritte nur im Kampf den Arbeitnehmern abringen können, so müssen wir auch die Grundlage schaffen, eine starke Organisation. Alle Berufskollegen im Keramischen Bund zusammenfassen, muß unser aller Bestreben sein.

Mit dem Dank an alle, insbesondere die Senaer Kollegen, wurde die Konferenz um 7 Uhr geschlossen.

R. Lehmann.

Brockwitz bei Meissen.

In der Brockwitzer Glasfabrik A.-G. hat sich vor einigen Tagen eine Umstellung in der Leitung des Betriebes vollzogen. Nach Beendigung des Krieges wurde von der Firma ein Dr. Stein angestellt, der sich bei unseren Kollegen in der vergangenen Zeit recht unliebsam bemerkbar machte. Differenzen über die Akkordlöhne waren fast immer zu verzeichnen; auch in der Verhandlung der Arbeiter war Herr Dr. Stein nicht gerade wählerisch. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug es unter den Kollegen ein, als die Kunde kam, daß sich dieser Herr Dr. Stein nicht mehr im Betrieb befindet. Ueber die Ursachen seines Ausscheidens aus dem Betrieb wird sehr viel gesprochen; es wird vermutet, daß es sich um eine Entlassung handelt, deren Gründe der Arbeiterschaft verschwiegen werden sollen. Wenn auch von der Generaldirektion des Betriebes gesagt wird, daß es sich um keine Entlassung in diesem Falle handelt, machen unsere Kollegen sich doch ihre eigenen Gedanken. Es kann uns schließlich auch gleichgültig sein, weshalb Herr Dr. Stein gegangen ist oder gegangen wurde; jedenfalls liegt fest, daß die Kollegen in Brockwitz sein Verschwinden nicht bedauern. Vielleicht trifft auch hier das Sprichwort zu: Witz scharf macht hartig.

Porz.

Seit langer Zeit ist die Arbeiterschaft der Spiegelglaswerke „Germania“ in Porz mit der in der Arbeitsordnung festgesetzten Arbeitszeit nicht mehr einverstanden. Eine andere Regelung (Tagum 6:30 Uhr, Ende 15:15 Uhr, mit Frühstückspause von 8:45 Uhr bis 9 Uhr und Mittagspause von 12 Uhr bis 12:30 Uhr) herbeizuführen, zeitigte kein Ergebnis. Der angerufene Schlichtungsausschuss entschied darauf:

„Die bisherige Arbeitszeit bleibt bis auf weiteres bestehen. Anfang März 1929 verhandeln die Parteien über eine allentfallige Verringerung der Arbeitszeit für die Sommermonate.“

Dieser Schiedsspruch ist gemäß §§ 73, 80 des ArbZG bindend. gez.: Paradiesen.

Damit ist nun die Möglichkeit vorhanden, im kommenden Jahre zu einer anderen Festlegung der Arbeitszeit, wie sie im Kölner Wirtschaftsbezirk allgemein gilt, zu kommen.

Berlin.

Am 15. Oktober wird in den Vereinten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst, Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße 33, von der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Handwerkskultur die Ausstellung „Das Glas“ eröffnet. Ihre künstlerische Ausgestaltung hat Professor Dr. Paul Durandauer geleitet. In Verbindung mit der Ausstellung ein Schauhandwerkliches Glas, welche Glas als Baustoff, Gebrauchsgegenstand, Instrument, Dekorationsmittel und „Glas und Metall“ zeigt, bringt die Arbeitsgemeinschaft „Der Ring“ in denselben Räumen in einer Sonderausstellung „Die neue Küche“ Beispiele neuerer Küchenanlagen für städtische Kleinwohnungs- und Siedlungsbauten.

So mußte es kommen.

Am Ende einer Öffnung armer, aber dafür um viele Erfahrungen reicher sind wieder einmal die Arbeiter bei der Porzellan-Industrie in der Fabrik in Pöchlarn. Die Werksunterstützungslasse ist an "Schwindjucht" föllig entfallen! Dieses Faktum ruft la manche Erinnerung über den Verfall und den Zweck dieser Einrichtung wach. Die meisten der Dreherkollegen waren ursprünglich im "Magdeburger" und späterem "Selber Verband" organisiert. Nach und nach kamen diese Kollegen aber doch zu der Erkenntnis und der Einsicht, daß sie ihre wirtschaftliche und soziale Lage nicht mit Hilfe dieses Verbandes verbessern konnten, sondern daß vielmehr ihre Interessenvertretung nur bei dem "Berliner Verbande" liege. Einstimmig beschloß man den Austritt aus dem "Magdeburger" bzw. "Selber Verband" und den Beitritt zum Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen ("Berliner Verband"). Einige der mitbestimmenden Kollegen hatten am selben Abend vor ihrer eigenen Courage Furcht bekommen: Sie denunzierten nicht nur die anderen, sondern berieten gegenüber dem damaligen Direktor Hünig ihre Tat. Am nächsten Tage ließ Hünig die Dreher zu einer Versammlung zusammenrufen, um sie gemeinschaftlich zu veranlassen, ihren gefassten Beschluß rückgängig zu machen. Dabei gab er die Erklärung ab, daß aus der Geschäftskasse des Betriebes jedes Jahr 500 RM an die Ortskasse des "Magdeburger" gezahlt würden, aber, wenn besser, ein "Verband" für alle Arbeiter des Betriebes am Orte gegründet würde, in dessen Kasse dann die 500 RM kämen. Die nochmals herbeigeführte Abstimmung über Austritt und Beitritt bzw. Errichtung eines "Berliner Verbandes" zeigte von 120 anwesenden Dreherkollegen 88 Stimmen für Beitritt zum "Berliner" und 34 für Errichtung des "Berliner Verbandes". Trotzdem vorher ausdrücklich festgestellt worden war, daß sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen habe, verletzten die 34 Gegner des Beitritts diesen eigentl. selbstverständlichen demokratischen Grundsatz und schritten mit dem Direktor Hünig zur Gründung der geplanten "Werksorganisation". Sie nahmen auch den Fudalslohn der 500 Silberlinge und verkauften dafür ihr Erstgeburtsrecht, das Recht, ihre wirtschaftlichen und kulturellen Belange eigenhändig und frei von jedem Druck unter Aufsicht der Massegegner zu verfechten, und legten damit den Grund zu dem Zwang-Miß, in dem dann bis zum Kriegsausbruch die Arbeiterschaft des inzwischen gewaltig erweiterten Betriebes zu schwächen hatte. Die "Gründer" des nachher "Der Zwabiger" getauften "Berliner Verbandes" erhielten in den ersten Jahren für ihren Verrat das Einsengesicht von einigen Märkern bei irgendeiner, der Direktion geeignet erachtenden Gelegenheit, die nur die Leimrute darstellen sollten, auf welche recht die gelbe Bißgeißel fliegen sollten. Als aber der gedachte Erfolg ausblieb, griff die Direktion helfend in die Schemen des gar schlecht vorwärtsrollenden Starrs: Vom ersten Direktor bis zum letzten Speichelfleder betätigte man sich als Agitator. Und ungezählt sind die Fälle, wo wirtschaftlicher Druck, der bis zur Entlassung gesteigert wurde, das vornehmste Agitationsmittel darstellte. Was Hünig begonnen, führte sein Nachfolger mit noch verstärktem Eifer fort, und der ganze Schwarm von Betriebsgegnern und ihre Menschenwürde mit Füßen tretende Kreaturen betätigten sich dabei als getreue Fröhliche. Mit bitterem Ingrimm und Zähneknirschen mußten zu jener Zeit, insbesondere nach Beendigung der großen Ausperrung 1912, manche unserer Braven ihren Austritt aus der freien Gewerkschaft und den Eintritt in den "Zwabiger" tätigen und zum Beweis dafür ihr Verbandsbuch abgeben. Sie mußten in ohnmächtiger Wut zusehen, wie ihnen die "Beiträge zum Zwabiger" jede Woche vom Lohn in Abzug gebracht wurden. Seine Glanzperiode erreichte der gelbe "Zwabiger" in der Zeit von 1912-1914. Wie der Krieg völlig zerstört, so bekam auch der "Zwabiger" während desselben einen "Knack". Aber der Geist des Verbands lebte auch nach Beendigung des Krieges noch. Im Direktor Dr. Lange fand der "Zwabiger" seine Personifizierung. Ihm lag daran, daß dieses Ding weiter erhalten werde, und er nährte wohl die stille Hoffnung in der Brust, daß eines Tages doch der Zweck dieser Sumpfpflanze wieder derselbe sein werde, trotzdem daß diesmal sogar freigezwunglich organisierte Kollegen mit Geburtshilfe leisteten und die Statuten "neueitlich gestalteteten", während auch andere Kollegen vor dem Wiederansdoppeln warneten. So wurde denn aus dem "Zwabiger" die "Unterstützungslasse", in der gegenwärtig etwas über 300 Werkangehörige Mitglied waren. Unter diesen Mitgliedern sind über 90 Invaliden, so daß auf je 3 Mitglieder fast ein Invalide kommt. Da die Beiträge von den zahlenden Mitgliedern als absolut unzureichend für die Bekämpfung der monatlichen Ausgaben an Unterstützung gelten mußten und die Betriebsleitung mit ihrem Spardirektor Dr. Gassel die gebende Hand zurückgezogen hat, mußte der Zusammenhang kommen. Können nunmehr die zum Teil über 40 Jahre im Betrieb beschäftigt gewordenen und invalid gewordenen ehemaligen Belegschaftsangehörigen und auch diejenigen, welche diesem Dinge erhebliche Geldmittel zugeführt haben durch ihre Beiträge, einmal rückschauend dem Zweck und den Ziele dieser Einrichtung Betrachtungen widmen. Da werden sie gewiß finden, daß es nichts ist mit solchen Werkangehörigen-Einrichtungen; denn es ist eine alte Erfahrung, daß der Unternehmer nur in "Vohität" macht, wenn ihm daraus mehr Vorteil erwächst, als wie er für solche "Vohitäten" ausbleibt. Wenn sich die Arbeiterschaft nicht auf eigene Füße stellt, so ist auf der breiten Basis der Geschlossenheit und im Gefühl der Solidarität gegenseitige Hilfe in der Not zu bringen, dann hilft ihr eben niemand! Die sogenannte Vohitätstasse der F. G. Kahla, die nur aus Betriebsmitteln geweiht wurde, ist der "Unterstützungslasse" schon vorausgegangen im Tode. Die noch bestehende "Wissenslase" wird ein allzulanges Leben nicht mehr haben, denn sie selbst ebenfalls an chronischem Dalles. Die durch das Hinscheiden der genannten Einrichtungen entlassenen Arbeiter, soweit sie noch Beiträge gezahlt haben, mögen sich trösten in dem Gedanken, daß sie ihre Beiträge geleistet haben unter dem Gesichtswinkel der Solidarität und der Vohitätstasse; denn sie haben ihre im Produktionsprozess unbrauchbar gewordenen Arbeitskräfte und Schwermern untergebracht und -beschäftigt. Alle aber, auch diejenigen, die dieser "Unterstützungslasse" nicht angehört haben, und auch jene, die noch immer den Weg zur Gewerkschaft nicht gefunden haben, werden sie im Gegebenen Falle die richtige Lehre ziehen, die nur die sein kann: Nimm in die Organisation der Selbsthilfe, in die freie Gewerkschaft! Und ist dieser einen Beitrag gewährt, an dem man sich selbst jede eine ausreichende Unterstützung verschaffen kann, sondern die im ganzen Reiches unge an Hand dieses Verbandes beschließen sich mit der Beitragszahlung so einzusetzen, daß sie es im Falle der Invalidität nicht zu bereuen brauchen. Sie werden dadurch mit Hilfe der Invalidenunterstützung im Verbande zu dem zu machen, was sie sein soll: ein auf der Basis der Eigenhilfe aufbauendes Netz der Solidarität und der Vohitätstasse, ein Wohlstandswort in des Wortes schärfster und höchster Bedeutung.

Selb.

Sie werden sich nicht vorstellen darf, wenn man seine Arbeit und Arbeitsbedingungen verbessern will, haben schon vorher die Betriebsarbeiter der Betriebe 2. Gutschütterscher L. G. Selb. gewirkt. Im Frühjahr 1927 machten sie die betrübliche Feststellung, daß sie trotz regelmäßig längerer Arbeitszeiten mit den Verdiensten der Brennhausarbeiter der anderen Selber Betriebe nachhinken. Sie erhoben ihre Forderungen durch längere Arbeitszeiten in den anderen

Betrieben hielten sich die Brennhausarbeiter an die 48-Stundenwoche und festen Leistungszulagen bzw. Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen durch, so daß sie trotz kürzerer Arbeitszeit im Verdienst den Kollegen der Gutschütterscher-Betriebe mindestens gleich und auch über standen.

Als nach der tariflichen Lohnregelung im April 1927 diese Tatsache endlich auch für die Brenner bei Gutschütterscher offensichtlich wurde, wandten sie sich an die Organisation, und es gelang durch unser Eingreifen auch, die Arbeitszeit und Entlohnung den anderen Betrieben anzupassen.

Daraus hätte sich ja eigentlich für alle bei Gutschütterscher beschäftigten Brennhausarbeiter die Lehre ergeben müssen, daß nur durch Mitwirkung der Organisation ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen gebessert werden können, und daß es deshalb erforderlich sei, durch geschlossene Zugehörigkeit deren Einfluß zu stärken. Nur ein Teil zog diese Konsequenz, die anderen blieben auch weiter dem Verbands fern; - für den Augenblick war ihnen ja wieder einmal geholfen.

Ende August d. J. verspürten sie aber wieder einmal stärkeres Schubbild. So nach und nach waren im Arbeitsvorgang Änderungen eingeführt worden, die teils eine Erschwerung, teils auch Vermehrung der Arbeitsleistung mit sich brachten, ohne daß die an sich nicht befriedigenden Löhne aufgebessert wurden. Ein vom Personal schriftlich an die Firmenleitung geleitetes Ersuchen um Nachprüfung der Lohnsätze wurde abschlägig behandelt. Trotz Abtraten durch die Zahlstellenleitung verweigerten sie daraufhin am 8. September ohne vorherige Kündigung die Arbeit. Die Firma beantwortete diesen Bruch des Arbeitsvertrages mit der fristlosen Entlassung der 163 Brenner und Brennhausarbeiter. Wenn auch die Arbeitsverweigerung, entgegen unseren Ratsschlüssen, durchgeführt wurde, stellten wir uns zu Verhandlungen zwecks Beilegung des Konfliktes zur Verfügung. Das geschah vor allem deshalb, um unseren Angehörigen unter den Brennhausarbeitern nach Möglichkeit zu helfen und unsere Mitglieder in den anderen Abteilungen vor Schaden zu bewahren. Wir lehnten es aber ab, diese Bewegung zu sanktionieren. Wenn der Verband eine Bewegung zu der seinen machen und sie unterstützen soll, muß auch die Einleitung nicht gegen seine Ratsschlüsse, sondern mit seiner Zustimmung erfolgen. Die unter unserer Mitwirkung geführten Verhandlungen gestalteten sich recht schwierig. Die Firmenleitung lehnte - unter Hinweis auf den Vertragsbruch - jedes Entgegenkommen ab und bekundete auch die Absicht, die sich für die Arbeiter daraus rechtlich ergebenden Nachteile in Wirkung kommen zu lassen; Verlust der bisherigen Urlaubsansprüche und der Funktionen im Betriebsrat und den Preiskommissionen wären die Folgen gewesen. Es gelang uns aber durch die Verhandlungen zu erreichen, daß alle am Konflikt beteiligten Brennhausarbeiter wieder zu den bisher erworbenen Rechten und unter Zuerkennung der bisher innegehabten Funktionen wieder beschäftigt werden sollten. Auch einige geringe Zugeständnisse bezüglich der Arbeitsverrichtung und der Wohnberechnung wurden gemacht. In einer stark besuchten Versammlung der Brennhausarbeiter, die zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nahmen, fand sich eine tragfähige Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks nicht mehr. Die Arbeit wurde am nächsten Tage wieder aufgenommen.

Ob nun durch die diesmaligen Erfahrungen gewichtig, alle Brennhausarbeiter der Firma Gutschütterscher dem Peramischen Bund beitreten werden? In Selb gibt es ja einige Apostel, die dem Peramischen Bund die Schuld zuschieben wollen, weil diese Bewegung nicht zu einem positiven günstigen Erfolg geführt hat. "Arbeitsgemeinschaft" und "Wirtschaftsdemokratie" sind ihre Schlagworte, mit denen sie operieren; diese beiden Dinge seien die Ursachen für den unbefriedigenden Erfolg. Wie lange gibt man diesen Schädlingen der Arbeiterbewegung noch Gehör? In Selb haben sie doch schon genug Unheil angerichtet. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sollten doch einsehen, daß ihnen mit Majajureizen und Präsenzreden nicht geholfen werden kann und auch nicht durch solche gegen alle Erfahrungen in Szene gesetzten "Kämpfe". Da sind die Arbeitgeber im voraus im Vorteil, gleich, ob ein Tarifvertrag besteht oder nicht, und sie nutzen

Leipziger Baumesse und Ziegelindustrie.

Regierungsbaumeister Rudolf Stegemann, Leipzig, nimmt in Nr. 34 der Fachzeitschrift "Ziegel und Zement" vom 24. August 1928 unter obiger Ueberschrift in einem Artikel zu dem Messe- und Anstellungsproblem und dessen Wert, hauptsächlich für die Ziegelindustrie, Stellung. Es wird mitgeteilt, daß sich eine Leipziger Baumesse G. m. b. H. gegründet habe und daß der Bau einer neuen Halle, welche schon im nächsten Frühjahr (1929) die gesamte Bauwirtschaft aufnehmen soll, lebhaft im Gange sei.

Die Errichtung der neuen Halle schafft endlich die Möglichkeit, daß sich die Bauwirtschaft entsprechend ihrer Bedeutung neben die Schwerindustrie stellen könne. Deutlich sei das Bestreben vorhanden, die bisherige Ausstellungshalle zu vergrößern. Wenn auch das ganze Unternehmen nicht von dem Charakter der Messe abweichen wird, so soll doch die Baumesse ein Zusammenfließen der neuesten technischen Errungenschaften darstellen. Das Zusammenströmen des Materials soll aber nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Wissenschaft dienlich gemacht werden.

In Anlehnung daran werden Vorträge gehalten. Bereits in diesem Jahre sind in der Woche vom 27. bis 31. August verschiedene Vorträge gehalten worden. Alle Richtungen der Architekten- und Bauwirtschaft sollen zu Worte kommen. Auch der Straßenbau wird miteinbezogen werden.

Ebenfalls soll den Frauen Rechnung getragen werden durch Abhaltung einer besonderen Frauentagung, auf der Wohnung und Küche, also das enge Gebiet der Frau, behandelt wird. Frauen selbst sollen zum Wort kommen, um so, besonders im Rahmen einer umfassenden Aussprache, die Frau zur Mitarbeit an der Wirtschaft und den am Wohnungsbaubeteiligten Kreisen zu gewinnen.

Was sich alles sehr lobenswerte Bestrebungen, aber hoffentlich den auch Vertreterinnen des minderbemittelten Volkes, welche ebenfalls ein großes Interesse an der Gestaltung des Wohngesamtes hat, zu diesen Fragen anzugehen und nicht nur Frauen aus der führenden Klasse. Schließlich haben ja die Lehren Frauen nicht so sehr unter den auszulänglichen Wohnverhältnissen zu leiden als die Frauen des minderbemittelten Volkes. Das was vorläufig so nebenbei.

Stegemann stellt nun in seinem Artikel folgende Frage: "Wie soll sich nun die Ziegel- und überhaupt die tonverarbeitende Industrie zu allem in stellen?"

Ueber die Ministerindustrie sei ein Wort zu verlieren, weil die Ministerindustrie seit Jahren zu den treuesten Ausstellern gehöre, ebaldig sie es im Augenblick nicht nötig habe, einem Antrag nachzukommen. Kaum ein Ministerwerk dürfte es geben, daß nicht zum Frühjahr bereits seine Produktion bis zum Herbst ausverkauft hätte.

Vereits jetzt hätte sich die Ministerindustrie schon ein Ziel-faches ihrer bisherigen Stände geschert, was in erster Linie als ein Zeichen wachsender Wirtschaftspolitik anzusehen sei und gleichzeitig auch ein Ergebnis wirtschaftlicher Erfolge auf Grund der wachsenden Kraft der Leipziger Baumesse. Die Ziegelindustrie fehle heute noch so gut wie ganz. Stegemann ist der Auffassung, daß diese alle Ursache hätte, in Wettbewerb untereinander zu treten und ihre Dachziegel auf der Leipziger Baumesse zu zeigen. Die Frühjahrsmesse habe zum Beispiel für die vertretenen Ministerwerke einen beschäftigten Absatz mit der Schweiz gebracht. Dieser Absatz würde nach der Ueberzeugung der Beteiligten zur regeren Fortsetzung der Verhandlungen führen.

diese Vorteile aus. Das sollte man nun endlich begreifen und die Organisation stärken, damit mit ihrer Hilfe ständig und zielführender Vorteile angestrebt und erreicht werden können.

Beschäftigungslage.

In der Porzellanindustrie ist die Geschäftslage uneinheitlich. Außerordentlich viel haben die Fabriken in Selb zu tun, das gleiche gilt für Thomas & Co. in Marktreuth. Diese Firma hat ja auch Sophienthal neu eröffnet. Die Porzellanfabrik Schwaben in Schwaben nahm den Betrieb wieder auf, ferner beabsichtigt Waffler in Witterteich seine Erzeugung wieder aufzunehmen. Auch in den anderen Fabriken von Oberfranken und der Oberpfalz geht es mit folgenden Ausnahmen infolge des Weihnachtssauftrages gut, teils werden Ueberstunden verlangt. - In Schwabach und Urfach, den Betrieben des Kahla A. G., wurden Entlassungen vorgenommen und teilweise Kurzarbeit angefangen. Bei Gebr. Baugher in Weiden wurden 50 Personen gekündigt. Die Firma Seltmann in Weiden läßt den gekündigten Pflinger Betrieb auf. Die dort beschäftigten Verarbeiteten werden teils im Weidener Hauptbetrieb und teils in Schirnding untergebracht, die Ledigen dagegen entlassen. Die Porzellanfabrik in Pfandhammer gehört noch zu denen, die beschränkt arbeiten. Bei C. & E. Carstens in Reichenbach wird verfürzt gearbeitet. In der Porzellanfabrik in Teltow wurden Entlassungen vorgenommen und Kurzarbeit angefangen.

In der Steingutindustrie haben die Fabrik der Firma Lohse in Dab Schmieberg und die Steingutfabrik Union G. m. b. H. in Wittenberg Konturs gemacht. Dadurch werden 340 Personen arbeitslos. Stillgelegt hat die Steingutfabrik C. Carstens in Magdeburg, auch dadurch werden an die 350 Personen arbeitslos. Auch C. & E. Carstens in Mathemau will stilllegen. In Neuhaldensleben, wo bekanntlich C. J. E. Carstens Teilstilllegungen vornahm und rationalisierte, kommen dagegen die Betriebe wieder in Gang.

Die Firma Villeroy & Boch in Bonn gab ihre dortige Steingutgefäßfabrikation auf und stellte sich voll auf sanitäre Artikel und Spülwaren um.

Kahla.

Ueber die Porzellanfabrik Kahla A. G. wird berichtet, daß der Geschäftsgang bei dem Unternehmen im laufenden Jahr bisher im allgemeinen recht befriedigend war. Besonders trifft dies auf die Abteilung für Industrieorzellan zu, da man hier einigermaßen auskömmliche Preise erzielen konnte. Dagegen sind die in der Abteilung für Geschirrporzellan zu erreichenden Preise nicht immer völlig zufriedenstellend. Immerhin sei anzunehmen, daß das finanzielle Ergebnis nicht wesentlich von dem des Vorjahres abweichen dürfte (s. B. 7 Proz. Dividende). Dabei ist zu berücksichtigen, daß die laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 2. August neugeschaffenen Stammaktien für das laufende Geschäftsjahr bereits zur Hälfte an der Dividende teilnehmen.

Aus der Nachricht geht hervor, daß die Kahla A. G. wieder gute Geschäfte machte. Daß die elektrotechnischen Betriebe den Hauptgewinn brachten, ist verständlich; denn dort werden Löhne bezahlt, die bei den Preisen kaum ins Gewicht fallen.

Sophienthal.

Die Porzellanfabrik Sophienthal in Sophienthal bei Bayreuth wurde wieder in Betrieb genommen. Die Betriebsführung hat Ph. Rosenthal A. G. und von der Firma wieder das Werk Thomas & Co. in Marktreuth. Vorläufig ist die Fabrik bis 1931 gepachtet, und es ist damit zu rechnen, daß sie dann käuflich erworben wird. Seit dem Frühjahr 1924 lag sie still. Unsere dortige Kollegenschaft wird es begrüßen, wieder im Beruf Beschäftigungsmöglichkeit zu finden.

Neuß.

Die Verwaltung der Porzellanfabrik Neuß A. G. in Neuß/Thüringen trägt sich mit dem Gedanken, den stillliegenden Betrieb wieder zu eröffnen. Entsprechende Verhandlungen werden bereits gepflogen.

Stegemann hält auch dafür, daß die Dachziegelindustrie mehr als bisher auf der Leipziger Baumesse ausstelle; dadurch würde sich manches Werk seinen Kundenkreis erweitern können. Würde seiner Praxis teils er mit, daß man bisher auf wenig Ziegeln in bezug auf Dachdeckungsmaterial eingestellt gewesen sei und sich freute hatte, wieder einmal irgendwo einen farbigen besonders schönen Dachziegel gefunden hätte.

Man kann Stegemann nur zustimmen, wenn man ebenfalls der Meinung ist, daß die Dachziegelindustrie und nicht nur diese allein, sondern die gesamte Ziegelindustrie alle Ursache hat, für ihre Erzeugnisse auch die nötige Reklame zu machen. Mit Schimpfen auf Erbschbauweisen, oder Bauweisen mit anderem Baumaterial, wie es vielfach in den letzten Jahren von vielen Unternehmern der Ziegelindustrie geübt wurde, dürfte nicht allzuviel für die Ziegelindustrie gewonnen werden. Es gibt auch heute noch große Kreise innerhalb des Unternehmens der Ziegelindustrie, die noch allzu fest an alten Ueberlieferungen hängen und glauben, dadurch der Ziegelindustrie am besten zu dienen. Wird doch selbst sehr oft von Unternehmern der Ziegelindustrie in den Fachzeitschriften darüber geklagt, daß sich viele Unternehmer jeder technischen Neuerung innerhalb der Ziegelindustrie verschließen und lieber noch nach alten Methoden wie in babylonischen Zeiten (so drückte sich erst vor nicht allzulanger Zeit ein Ziegelgeschäftsmann aus) arbeiten, als auch nur die geringste technische Verbesserung in ihren Betrieben einführen. Das mit solchen rückständigen Ansichten der Ziegelindustrie in ihrer Gesamtheit nicht gedient sein kann, dürfte auch ein Laie einsehen.

Aber nicht nur in bezug auf technische Verbesserungen innerhalb der Betriebe, sondern auch in bezug auf Form des Materials usw. wird sich die Ziegelindustrie etwas mehr als bisher den neuzeitlichen Verhältnissen anpassen müssen. Es hat sehr lange gedauert, ehe sich die Ziegelindustrie entschlossen hat, ihre Produkte auf Ausstellungen zur Schau zu stellen. Erst in der letzten Jahren haben solche Ausstellungen stattgefunden. Der Besunder solcher Ausstellungen wird aber, ob er Fachmann ist oder nicht, mit der Ueberzeugung weggegangen sein, daß diese Ausstellungen manches Neue und Wertvolle ergeben haben, das sicher auch für die ausstellenden Werke keine Nachteile erbracht haben wird. Es mußten erst andere Leute kommen, welche den Wert von Ausstellungen für Ziegelerzeugnisse bordenontfrieren. So Architekt S. D. in Hamburg, vor allen Dingen, der sich außerordentliche Verdienste um die Ziegelindustrie erworben hat. Wenn die Dachsteinbauweise in neuerer Zeit wieder etwas mehr zur Geltung gekommen ist, so dürfte S. D. einen großen Anteil an dieser Tatsache haben. Es soll nun im Rahmen dieser Ausführungen nicht für die eine oder andere Bauweise eine Sprache gebrochen werden, aber das eine kann gesagt werden: Wenn die Ziegelindustrie nicht will, daß sie hinter der Zeit zurückbleibt, muß sie sich der Neuzeit mehr als bisher anpassen in technischer und sonstiger Beziehung. Nur wenn sie das tut, wird sie ihren Platz in der Reihe der anderen Industrien behaupten und zur Geltung bringen können. Das ist nicht nur im Interesse der Ziegelindustrie selbst, sondern auch im Interesse der in ihr beschäftigten Arbeiterschaft zu wünschen und zu hoffen. Mit Zeitungs polemiken gegen andere Bauweisen usw. allein ist es nicht getan, sondern es kommt auch auf das Handeln an. Nur wenn sich die Ziegelindustrie auch auf der Leipziger Baumesse selbst zur Geltung bringt, wird sie die gewünschte und erhoffte Stellung in der Reihe der übrigen Kunststoffe erzeugenden Industrien einnehmen und auf die Dauer halten können.

Ziegelbrenner-Angelegenheit.

In der „Lippischen Landeszeitung“ vom 5. September d. J. steht ein Artikel „Zieglerangelegenheiten“ der unterschrieben ist: „Ein alter Brenner und Gewerkschafter“. Einen Gewerkschafter macht es natürlich sofort stutzig, wenn in einem ausgesprochenen Unternehmerorgan die Bezeichnung „alter Gewerkschafter“ mißbraucht wird. Beim näheren Studium dieses Artikels, der die Ueberstundenbezahlung der Brenner behandelt, zeigt sich denn auch sofort, daß der „alle ehrliche Gewerkschafter“, beim Syndikus der Unternehmer, aber nicht in die Schule der Gewerkschaften gegangen ist.

Es ist ja in Brennerkreisen bekannt, woran es liegt, daß die Unternehmer den Brennern keine Ueberstunden bezahlen wollen, ja, daß sie noch nicht einmal die ganze Arbeit bezahlen wollen, die der Brenner verrichtet und die ganz gewiß nicht leicht ist, zumal neben dem Brennen meistens die Kohle gefahren werden muß und die Türen zugesehen sind. Daß die Schürapparate keine Erleichterungen gebracht haben, ist auch bekannt. Woran liegt es nun, daß die Unternehmer das unbillige Verlangen an die Brenner stellen, für geringeren Lohn zu arbeiten wie die anderen Kollegen? Es ist der Fluch der langen Arbeitszeit. Wie oft konnte ich schon erfahren, daß die Brenner sich mit Händen und Füßen gegen das Dreibrennersystem wendeten. Es soll nach ihrer Meinung nicht gehen, wenn in drei Schichten gebrannt wird. Ein alter Gewerkschafter weiß, und das ist ihm in Fleisch und Blut übergegangen, lange Arbeitszeit bedeutet geringeren Lohn. Viele Brenner denken, wenn ich lange arbeite, habe ich etwas mehr in der Lohnkiste; alle Unternehmer denken, wenn die Leute lange arbeiten, so verdienen sie meine Produktionskosten und ich habe etwas mehr im Geldsack. So radert sich der Brenner ab, der Lohn sinkt im Verhältnis zur Arbeitszeit, der Unternehmer lacht sich ins Fäustchen, denn sein Profit steigt.

Daß aber der „alte Brenner“ kein alter Gewerkschafter sein kann, beweist das, wenn er schreibt: „Auf meine Vorstellung bei unserem Arbeitgeber sah dieser dann auch die Haltlosigkeit dieses Zustandes ein für zwölfstündige Arbeit nicht zehn Stunden, sondern zwölf Stunden zu bezahlen. Auch der bis dahin zu wenig gezahlte Stundenlohn wurde uns freiwillig nachbezahlt. 1925 war schon tariflich festgelegt, daß die Brenner 11 Arbeitsstunden bezahlt kriegen. Auch damals hat unser Arbeitgeber uns 12 Stunden ausbezahlt, obwohl er tariflich dazu nicht verpflichtet war.“ Das ist echte christliche Schweigebudelei und Servilität dem Unternehmer gegenüber. Ein alter Gewerkschafter weiß, daß Tariflöhne Mindestlöhne sind und daß der Unternehmer in bezug auf die Höhe des Lohnes keine Grenzen gezogen bekommt.

Was geschieht denn der alle ehrliche Gewerkschafter ist, wird durch folgenden Erguß bewiesen: „Sollte den Gewerkschaften daran gelegen sein, auch ferner noch Brenner — oder aber — wieder mehr Brenner zu ihren Mitgliedern zu zählen, so mögen sie unverzüglich das Verlangen nachholen und bei späteren Verhandlungen auch die Interessen der Brenner wieder mit allem Nachdruck vertreten.“ — Haben nun die Kollegen recht, die da behaupten, dieser Mensch, der das geschrieben hat, sitzt mehr im Vorzimmer des Arbeitgebersyndikats wie auf dem Schemel seiner Brennerbude?

Fest steht, daß so etwas ein „alter Gewerkschafter“ nie schreiben kann. Wenn dieser angebliche alte Brenner, der im Kapitalistenblatt gegen die Gewerkschaften heizt, durch den Zusammenbruch des christlichen Gewerksvereins der Ziegler darauf schließt, daß die Brenner nicht organisiert sind, so ist er auf dem Holzwege. Es kann wohl behauptet werden, daß dieser Artikel geschrieben worden ist, um Verwirrung in die Kreise der Brenner zu tragen, um im nächsten Frühjahr bei den Lohnverhandlungen besser Verschleierungen durchzuführen. Brenner, seid auf der Hut, wenn in der „Lippischen“ Artikel über Gewerkschaftsfragen kommen, seht sie euch genau an; es sind nicht eure Freunde, die dort schreiben. E. S. o. r., Wiesdorf.

Zusammenschlußbewegung in der Mosaik- und Wandplatten-Industrie.

Auch in obiger Industrie macht der Zusammenschluß zu größeren Interessengemeinschaften Fortschritte.

Vor kurzem ging durch die Fachpresse die Mitteilung, daß sich die Vereinigten Mosaik- und Wandplatten-Werke A. G. in Friedland-Sinzig-Chrona, Otto Kaufmann, Mosaikplattenfabrik in Niederfeld in Sachsen und Tonindustrie Klingenberg, Albertwerke G. m. b. H. in Trensfurt bei Klingenberg a. Main zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen haben.

In der Mitteilung dieser Tatsache und dem Zweck dieses Zusammenschlusses schreiben obige Firmen an die Architekten unter anderem:

„Wir verfolgen bei der Vereinigung das Ziel, durch den Austausch unserer sämtlichen technischen und kaufmännischen Erfahrungen in jedem unserer Werke eine Mosaikplatte zu erzeugen, die an Qualität unübertroffen ist.“

Ueber die Gesamtproduktion obiger Werke wird gesagt, daß sie täglich 5000 qm Fußbodenplatten betrage. Dadurch wären die Werke in der Lage, auch sehr große Aufträge teils ab Lager, teils in kürzester Frist zu liefern.

Es wird dann um die Mitwirkung der Architekten bei der Verwendung der von der Interessengemeinschaft hergestellten Mosaikplatten gebeten und gesagt, daß es ihr Bestreben sei, durch Rationalisierung der technischen und kaufmännischen Betriebe eine Verbilligung der Mosaikplatten zu erzielen, während es in der Hand der Architekten läge, das Material der Interessengemeinschaft in allen Kreisen einzuführen. Durch gemeinsames Zusammenarbeiten der beiderseitigen Kräfte wird erhofft, obiges Ziel (Verbilligung!) zu erreichen.

Die Bestrebungen, durch Rationalisierung usw. eine Verbilligung der Ware herbeizuführen, sind an und für sich zu begrüßen, wenn diese Bestrebungen, wie es so vielfach geschehen ist und geschieht, nicht auf Kosten der Arbeiterschaft gehen. Bis jetzt ist die Arbeiterschaft fast immer der leidtragende Teil solcher Bestrebungen gewesen. Jede Verbesserung der Fabrikationsmethoden und dadurch erzielte Verbilligung der Warenherstellung wurde auf Kosten der Arbeiterschaft herbeigeführt. Auch die geringste Lohnherabsetzung wurde bisher meistens zum Anlaß genommen, um eine Preiserhöhung durchzuführen.

Offenlich geschieht das bei obiger Interessengemeinschaft nicht und das ist Verbilligung der Produkte wird wirklich, ohne daß eine Senkung der Arbeiterinteressen erfolgt, auch erreicht.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Mosaik- und Wandplatten-Industrie sind nach ziemlich einheitlich und zum Teil als rückständig zu bezeichnen. Es wäre zu wünschen, wenn auch in der Mosaik- und Wandplatten-Industrie bezüglich der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine größere Einheitlichkeit herbeigeführt und eine Verbesserung der zum Teil noch rückständigen Verhältnisse auf diesem Gebiet erzielt würde.

Zur Erreichung dieses Zieles beitragen, ist Pflicht aller in der Mosaik- und Wandplatten-Industrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter. Jede Arbeiterin und jeder Arbeiter muß sich seiner Zustände gewerkschaftlichen Organisation, dem Verbandsrat, dem Vorstand, dem Ausschuss der Fabrikarbeiter, anschließen. Vereinzelt ist auch die Arbeiterschaft machtlos, vereint stellt sie eine bedeutsame Macht vor, mit der alle wirtschaftlichen Faktoren rechnen müssen.

Je fester und widerstandsfähiger die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft ist, desto leichter werden auch die Schritte um Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in Zukunft geführt werden können. Auf der anderen Seite wird es aber auch den Unternehmern schwerer werden, ihre Rationalisierungsmaßnahmen nur auf Kosten der Arbeiterschaft durchzuführen. Sie werden dann gezwungen sein, andere Mittel anzuwenden, um eine Verbesserung der Produktion und Verbilligung ihrer Erzeugnisse herbeizuführen.

Ist sich die Arbeiterschaft ihrer vereinigten Macht als Produktionsfaktor bewußt, dann kann sie auch vertrauensvoll in die Zukunft blicken und braucht keine Angst zu haben, daß die Konkurrenzskämpfe der Unternehmer, so wie es heute noch der Fall ist, auf ihre Kosten ausgetragen werden. W. W.

Zieglerkonferenz.

Die Ziegeleiarbeiterkonferenz am 23. September in Birkenhügel, die für das Bahistellengebiet des Fabrikarbeiterverbandes Blankenberg (Saale) einberufen war, war auf besuch. Nur die Ziegeleiarbeiter von Tanna hatten es vorgezogen, der Konferenz fernzubleiben, wiewohl sie rechtzeitig geladen waren. Der Verlauf der Konferenz zeigte, daß sie notwendig war. Der erste Bevollmächtigte, Kollege Schöberlein, referierte in ausführlicher Weise über das Thema: „Warum haben die oberländischen Ziegeleiarbeiter schlechte Arbeitsbedingungen und keine auskömmlichen Löhne, und welche Vorbereitungen sind für das nächste Jahr notwendig?“ Redner wies nach, daß sich seit Jahren die Verbandsleitung sehr bemüht habe, den Ziegeleiarbeitern zu helfen, und manche Verbesserung sei erreicht worden. Aber kaum habe man tarifliche Bestimmungen getroffen, so sei leider immer ein Teil Ziegler vorhanden gewesen, die da glaubten, der Verband sei nicht mehr notwendig. Erst sei die Verbandsleitung förmlich angebettelt worden, zu helfen. Habe der Verband dann geholfen, hatten es unmittelbar darauf ganze Belegschaften vorgezogen, auszutreten (siehe Blintendorf). Dadurch sei das Bestreben der Verbandsleitung und der organisierten Ziegler oft durchkreuzt worden und fast jedes Frühjahr müsse in den Ziegeleien von Anfang an aufgebaut werden. Um nun endlich in allen Ziegeleien gemeinschaftlich vorwärts zu kommen, sei diese Konferenz einberufen. Die Zieglerkollegen müßten rechtzeitig auf die Gefahren hingewiesen werden, die ihnen drohen, wenn sie während des Winters ihre Mitgliedschaft nicht aufrechterhalten. Jeder Zieglerkollege müsse sich daher zur dringenden Aufgabe machen, ständig Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes zu bleiben, um sich die höchsten Rechte aus dem Verband zu sichern. Andererseits aber auch — und das ist doppelt nötig — gemeinschaftlich gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen, damit der Grundjah von früher wieder Geltung bekommen könne, daß Saisonarbeiter im Sommer soviel verdienen müssen, damit sie auch im Winter davon noch etwas zum Leben haben. Kollege Schöberlein behandelte noch ausführlich das Verhalten mancher Ziegeleibesitzer ihren Arbeitern gegenüber und zog die Schlussfolgerung, daß gegen solches Verhalten nur eine geschlossene Organisation Abhilfe schaffen kann. Vor allen Dingen sei notwendig, dem Verbande Treue zu bewahren und alle Unorganisierten dafür zu gewinnen, damit im Frühjahr die Ziegeleiarbeiter des reußischen und preußischen Oberlandes gerüstet dastehen und bei Saisonbeginn die Unternehmer die Tariflöhne sofort bezahlen müssen. Die Unorganisierten hätten es jedes Jahr verschuldet, daß am Anfang guter Beschäftigung die Arbeiter viele Wochen unter Tarif arbeiten müßten.

Die Ausführungen des Kollegen Schöberlein wurden mit lebhaftem Interesse verfolgt und oft mit Beifall unterbrochen. Die Ausdrücke war sehr reichhaltig und es wurde mehrmals betont, über solche Konferenzen abzuhalten, damit sich die Ziegler des ganzen Bezirkes kennenlernen und zueinander Vertrauen gewinnen.

Als Ort für die nächste Konferenz, die während des Winters abgehalten werden soll, wurde Blintendorf bestimmt. Um der Notwendigkeit und des guten Verlaufes der Konferenz wirksamen Ausdruck zu geben, wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die am 23. September in Birkenhügel stattgefundene Ziegeleiarbeiterkonferenz für das reußische Oberland stellt fest, daß die unorganisierten Arbeiter in den Ziegeleien in Tanna und Blintendorf ein Hemmnis in der gewerkschaftlichen Fortentwicklung der Ziegler darstellen, und diese dadurch wirtschaftlich geschädigt werden. Jede erstrebte Verbesserung in den organisierten Betrieben wird mit dem Hinweis auf die schlechteren Verhältnisse in den unorganisierten Betrieben von den Unternehmern abgelehnt. Andererseits steden die Unorganisierten manche durch den Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramischer Bund, für die Ziegler erkämpfte Verbesserung und Erfolge freudig ein, denken aber nicht daran, sich dem Fabrikarbeiterverband anzuschließen. Die organisierten Ziegeleiarbeiter des Oberlandes fordern hiermit die unorganisierten Ziegler, insbesondere die in Tanna und Blintendorf, auf, sich baldmöglichst dem Verband anzuschließen, damit sämtliche Ziegler im ganzen Bezirk im Frühjahr bis Saisonbeginn sich gemeinschaftlich bessere Verhältnisse erkämpfen können. Die unorganisierten Ziegler mögen diese Aufforderung beachten und nicht dauernd auf Kosten der Organisierten die tariflichen Vorteile einheimfen. Nur Einigkeit führt die Ziegeleiarbeiter zum Ziel.

Die organisierten Ziegeleiarbeiter des Oberlandes.

Hoffentlich wird diese Entschliessung von allen Berufsklassen der Zieglerbranche des Oberlandes befolgt.

Zum zweiten Punkt hielt Kollege Schöberlein noch einen Vortrag über die Unterbringungsbedingungen des Verbandes und über das Arbeitsrecht; insbesondere hob er das Mitspracherecht der Betriebsräte in den Betrieben hervor. Allseitige Zufriedenheit über den Wert dieser Konferenz hielt die Ziegeleiarbeiter noch lange beisammen und mancher Arbeits- und Betriebsmethode wurde besprochen. Dies dürfte auch ein Erfolg für die Verbandsleitung sein.

Tarifabschluss in der Steinzeugwaren-Industrie.

In einer Belegschaftsversammlung der Roddergrube, Abt. Steinzeugwarenfabrik, Dornmühlheim, wurde die Verbandsleitung beauftragt, den am 31. August 1927 mit einmonatiger Kündigungsfrist abgeschlossenen Tarifvertrag zum 1. September 1928 zu kündigen. Die Lohnkommission hat sich 14 Tage später mit der Aufstellung der Forderung beschäftigt und beschlossen, eine Lohnherabsetzung von 15 Prozent auf die bestehenden Tariflöhne und Afforderdienste zu fordern.

In einer am 12. d. M. stattgefundenen Verhandlung wurden die Stundenlöhne durchschnittlich um 12 Prozent erhöht. Die nunmehr erhöhten Stundenlöhne sind folgende:

Von 14 bis 15 Jahren 22 Pf., 15 bis 16 Jahren 26 Pf., 16 bis 17 Jahren 32 Pf., 17 bis 18 Jahren 37 Pf., 18 bis 19 Jahren 43 Pf., 19 bis 20 Jahren 63 Pf., über 20 Jahre 85 Pf.; Köpfer 120 RM., Umkleepfer und Sortierer 96 Pf., Brenner 94 Pf., Handwerker 97 Pf.

Die Kopplöhne betragen 1 RM. bis 1,40 RM für die verheirateten Arbeiter; die Ledigen erhalten 60 Pf. pro Woche. Außerdem erhält jeder verheiratete Arbeiter und die Kleinrentner jährlich 100 Rentner Prämien zum Preise von 25 Pf. pro Rentner.

Die Affordersätze sollen auf Grund dieser Lohnvereinbarung neu festgelegt werden. Der Lohnstarif hat Gültigkeit bis zum 1. Oktober 1929.

Es wurde ferner die Vereinbarung getroffen, daß der alte Rahmenvertrag, der auch am 1. September abgelaufen war, so lange noch in Kraft bleibt, bis ein neuer Vertrag zustande gekommen ist. Die Verhandlungen sollen unverzüglich aufgenommen werden.

In einer am 17. d. M. abgehaltenen Betriebsversammlung wurde das Verhandlungsergebnis trotz erheblicher Bedenken, insbesondere über die Dauer des Abchlusses, angenommen. Die Firma liegt im Braunkohlengraben und verlangt unter allen Umständen, daß die Dauer des Abchlusses mit dem des Bergbaus gemeinsam abläuft.

Durch diesen Abbruch ist die Bewegung erfolgreich für die Arbeiterschaft beendet worden, und es liegt nunmehr an der Belegschaft selbst, auch durch Treue zur Organisation sich den Einflüssen zu sichern, daß auch die getroffenen Vereinbarungen, besonders hinsichtlich der Affordereinbarungen, gehalten werden können. Nur dann wird auch dieser Abbruch ein dauernder Erfolg für die Arbeiterschaft bedeuten.

B. Hertwig.

Baustoffpreise und ihre Entwicklung.

Es besteht die Befürchtung, daß einige Baustoff liefernde Industrien die Tarifierhöhung der Reichsbahn dazu benutzen, um die Verkaufspreise in die Höhe zu legen. Namentlich hat die Zementindustrie eine solche Maßnahme in Aussicht gestellt. Um die Entwicklung der Baustoff-Großhandelspreise in den letzten Monaten verfolgen zu können, bringen wir nachstehende Zusammenstellung (die Preise gelten in der Hauptsache für Berlin, sind aber auch für alle übrigen Gegenden Deutschlands mehr oder weniger richtunggebend):

	Durchschnittspreise				
	Friedenspreis Juli 1914	15. Mai 1928	16. Juli 1928	15. Aug. 1928	15. Sept. 1928
	RM	RM	RM	RM	RM
1000 Mauersteine frei Kahn Wln.	20,— / 22,—	48,—	48,50	41,—	48,—
1000 Mauersteine frei Waggon Wln.	20,— / 22,—	48,—	48,50	44,—	45,—
Hydraul. Kalk, 50 kg, einschl. Papierfad, frei Waggon West	1,—	1,40	1,47	1,80	1,80
Zement, 100 kg, einschl. Papierfad, frei Waggon Berlin	3,80	4,78	4,78	4,98	4,98
Dachpappe Nr. 100 1 qm ab Fabrik	0,24	0,85	0,85	0,85	0,85
Baugips, 50 kg, einschl. Papierfad, frei Waggon Berlin	1,45	1,45	1,80	1,50	1,50
G. as, rh. III 4/4b 60 cm 1 qm frei Waggon Wln.	1,80	2,20	2,20	2,20	2,0
Ziegel, schlechte Eiberschwärze, 1000 Stück ab Werk	42,— / 45,—	74,—	74,—	80,—	80,—
Rauhholz pro cbm fr. Waggon Wln.	38,—	62,—	64,—	62,50	63,—

Die Preise für Baugips und Zement am 15. Mai und 16. Juli verstehen sich ohne Verpackung frei Waggon Berlin; desgleichen für hydraulischen Kalk. Die Notierung der Mauersteine, ob sie per Kahn oder per Waggon angeliefert wurden, war bis vor kurzem gleich; sie findet jetzt getrennt statt. Die Mauersteine, die mittels Eisenbahn angeliefert wurden, waren Mitte September um 2 RM höher. Mitte August betrug die Differenz sogar 3 RM. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch die Tarifierhöhung die Spanne erweitert wird. Zement hat bereits Anfang August eine Erhöhung erfahren, eine weitere Steigerung der Preise ist in aller nächster Zeit beabsichtigt. Eiberschwärze und Baugips sind ebenfalls Anfang August im Preise hinaufgesetzt worden. Gleichgeblieben sind die Preise für Rauhholz und Bretter.

Dosdorfer Ziegeleierwerke vor dem Reichsarbeitsgericht.

Mit dem Ueberstundenystem in den Dosdorfer Ziegeleierwerken beschäftigte sich das Reichsarbeitsgericht und entschied zugunsten der Kläger.

Der Brenner E. ist im Ziegeleibetriebe G. m. b. H. in Dosdorf beschäftigt. Er arbeitet in 12-Stunden Schicht, für die er 7,44 RM erhält. Der tarifliche Lohn beträgt pro Stunde 62 Pfennige. Nach dem geltenden Tarifvertrage beträgt die regelmäßige Arbeitszeit 8 Stunden täglich, sie kann aber bis zu 10 Stunden erhöht werden. Als Ueberstunden gelten alle Stunden, die über 8 Stunden hinaus gearbeitet werden. Die neunte Stunde wird mit 15 Proz., jede weitere Stunde mit 25 Proz. vergütet. Der Kläger klagte beim Arbeitsgericht auf Nachzahlung des Lohnes für die vielen Ueberstunden. Die Beklagte vertritt den Standpunkt, daß sie den Kläger nur für 10 Stunden entsprechend den Bestimmungen des Tarifvertrages zu entlohnen habe. Da in der 12-Stunden Schicht zwei Stunden Pause enthalten seien, und die Haupttätigkeit eines Brenners darin besteht, daß er nur die Ueberwachung und Auffüllung der Brennflöcher mit Feuerungsmaterial vorzunehmen hat, so trete jedesmal eine Auserpaufe ein, die, auf die Schicht gerechnet, bei einer 12stündigen Arbeitszeit mindestens 2 Stunden ergebe. Das Landesarbeitsgericht in Jena hat nach Klageantrag erkannt und dem Kläger den Ueberstundenzuschlag in beantragter Höhe zugesprochen. Gegen das Urteil legte die Beklagte Firma Revision ein, um für die Unternehmer in den Ziegeleibetrieben eine grundsätzliche Entscheidung in dieser Frage herbeizuführen.

Der Vertreter der Unternehmer wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die Brenner doch viel freie Zeit während ihrer Beschäftigung hätten, daß sie gemächlich Zeitungen lesen und ihre Pfeife rauchen könnten. Als Ueberstundenarbeit könnte diese Zeit nicht betrachtet werden.

Rechtsanwalt Dr. Lehmann als Vertreter des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes beantragte die Verwerfung der Revision. Der Kläger habe genügend Ueberstunden machen müssen und habe nach den Bestimmungen des Tarifvertrages Anspruch auf den Ueberstundenzuschlag.

Das Reichsarbeitsgericht verwurft die Revision der Beklagten und legte der Firma die nicht unerheblichen Kosten des Verfahrens auf.

Das Reichsarbeitsgericht habe sich vollständig dem Urteile des Landesarbeitsgerichts anschließen müssen. Von Seiten des Klägers habe eine Verzichtserklärung nicht vorzulegen, demnach müsse die Beklagte auch die Ueberstundenzuschläge bezahlen.

